

Wahlprüfsteine – Antworten der Parteien

Wahlprüfstein	CDU	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Die Linken	AfD
<p><b>Unterstützung öffentlicher Bibliotheken</b></p>						
<p><b>Wie will Ihre Partei sicherstellen, dass die Arbeit der Bibliotheken Unterstützung und Anerkennung in den jeweils zuständigen Ressorts erfährt? Wie fördert Ihre Partei die Zusammenarbeit mit Kitas, Schulen und Hochschulen, um die Bibliotheken zukunftssicher zu machen und möglichst vielen Menschen den Zugang zu Wissens- und Bildungsschätzen zu ermöglichen?</b></p>	<p>Artikel 5 Grundgesetz und Artikel 13 der Verfassung des Landes Hessen gewährleisten mit der Meinungs- und Pressefreiheit zugleich das Grundrecht, sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Bibliotheken sind zentrale Orte für die Realisierung dieses Grundrechts. Zugleich sind die Bibliotheken neben den Schulen und Hochschulen des Landes zentrale Bildungs- und Kultureinrichtungen in mittel- und unmittelbarer Trägerschaft des Landes und der Kommunen. Sie dienen der Aus- und Weiterbildung aller Bürger des Landes, der Pflege des kulturellen Erbes des Landes und der Kommunen, der Les- und Sprachförderung sowie der kulturellen und sozialen Integration. Die Unterstützung und Anerkennung durch die CDU-geführte Landesregierung drückt sich unter anderem darin aus, dass im zuständigen Hessischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst (HMWK) ein eigenes Referat besteht, das dieses bedeutende Thema bearbeitet.</p> <p>Für die Finanzierung der Schulbibliotheken in Hessen – im Hinblick auf die sächliche Ausstattung, die Bestückung mit Medien und die personelle Ausstattung – sind in erster Linie die Schulträger verantwortlich. Das Hessische Kultusministerium (HKM) hat bereits im Jahr 2005 gemeinsam mit dem HMWK und dem Deutschen Bibliotheksverband e. V. – Landesverband Hessen e. V. eine Kooperationsvereinbarung unterzeichnet, welche die Förderung und Unterstützung von hessischen Schulbibliotheken untermauern soll. Wir begrüßen, dass diese Kooperationsvereinbarung derzeit überarbeitet und in nächster Zeit in aktualisierter Form erneuert werden soll.</p> <p>Das HKM fördert sowohl mit personellen als auch mit finanziellen Ressourcen Maßnahmen zur Einbindung von Schulbibliotheken in den Unterricht und das Schulprogramm ebenso wie die Schulung und Förderung von Recherche-, Informations- und Methodenkompetenzen. Wesentlicher Förderaspekt ist die Leseförderung, insbesondere die Anbahnung von Lesefreude und Lesekompetenz. Hierzu besteht auch im HKM ein Referat, das diesen Bereich betreut.</p> <p>Die Hessischen Landesbibliotheken sind zugleich auch Hochschulbiblio-</p>	<p>Lernen ist ein lebenslanges Bedürfnis, der Zugang zu Angeboten der Kultur und Bildung muss für alle Generationen möglich sein. Dies betrifft Universitäten ebenso wie Volkshochschulen und Bibliotheken. Kurze Wege zu niedrigschwelligen Angeboten müssen durch eine angemessene Unterstützung und Förderung durch das Land ermöglicht werden. Wir wollen gemeinsam mit den Kommunen den barrierefreien und bezahlbaren Zugang zu allen Orten der Bildung, der Kultur und des Erinnerns gewährleisten.</p> <p>Eine SPD-Landesregierung wird die Zusammenarbeit von Schulen, Kitas, Hochschulen und Volkshochschulen mit Bibliotheken fördern und alle notwendigen Voraussetzungen für eine bessere Vernetzung schaffen. Dabei setzen wir nicht auf Zwang, sondern auf Kooperationen.</p> <p>Gerade im Ausbau von Ganztags-schulen sehen wir Möglichkeiten für eine bessere Zusammenarbeit von Bildungseinrichtungen.</p> <p>Die Förderung für öffentliche Bibliotheken ist seit vielen Jahren unzureichend. Wir sind auch der Auffassung, dass Schulen, Kindertagesstätten und andere öffentliche Einrichtungen, wie Büchereien, nicht automatisch geschlossen werden sollen, wenn Nutzungszahlen sinken. Vielmehr halten wir es für sinnvoll, sie in langfristige Entwicklungskonzepte einzubinden und die Ausstattung an Zielvorgaben zu orientieren.</p> <p>Die Arbeit der Bibliotheken und Büchereien verdient Respekt und Wertschätzung. SPD wird dafür Sorge tragen, dass eine bessere Anerkennung und Unterstützung in den zuständigen Ressorts der Ministerien erfährt.</p>	<p>Bibliotheken sind ein unverzichtbarer Bestandteil der hessischen Kultur- und Bildungslandschaft. Sie sind wichtige Lernorte und gleichzeitig Orte der sozialen Begegnung. Kooperationen zwischen Schulen, Hochschulen, Kindertageseinrichtungen und Bibliotheken wollen wir weiter stärken. Wir GRÜNEN haben vor, Bibliotheken als Kultur- bzw. Bildungseinrichtungen noch stärker als bisher zu unterstützen, denn es gilt, ihrer enormen Bedeutung beim Zugang zu Literatur und Informationen, bei der Leseförderung und beim lebenslangen Lernen gerecht zu werden. Wir GRÜNEN werden auch weiterhin die Anliegen der Bibliotheken gegenüber den einzelnen Ministerien vertreten.</p>	<p>Bibliotheken sind für uns Freie Demokraten auch aufgrund ihrer zentralen Aufgaben unverzichtbarer Teil der Bildungslandschaft und deshalb werden wir uns auch zukünftig dafür einsetzen, dass sie bei der Erfüllung ihrer Aufgaben unterstützt werden. Dazu gehören neben einer auskömmlichen Finanzierung auch die Fragen der Vernetzung und der Zusammenarbeit mit schulischen und außerschulischen Partnern, bezüglich der Rolle der Hessischen Fachstelle für Öffentliche Bibliotheken und die Abstimmung zwischen den beteiligten bzw. themenbezogenen Ressorts. Wir wollen, dass bei Entscheidungen aber auch bei Fördermöglichkeiten dazu führen, dass die Rolle der Bibliotheken nicht zieführend verwirklicht werden kann. Im Zuge dessen stehen wir der Idee, einen Bibliothekentwicklungsplan, der die Vielfältigkeit und Eigenständigkeit wahr, zu entwickeln aufgeschlossen gegenüber. Jedoch sollte dieser nicht nur eine Bestandsaufnahme darstellen oder neue Gremien schaffen, sondern zukunftsweisende Konzepte enthalten.</p>	<p><b>Wahlprüfstein 1:</b> Öffentliche Bibliotheken gehören zu den meistgenutzten Bildungseinrichtungen in Deutschland. Sie sind in den Städten und auch gerade im ländlichen Raum unverzichtbare soziale und kulturelle Treffpunkte, die unabhängig von Einkommen, Alter, Geschlecht oder Behinderung freien Zugang zu Information, Kultur und Wissen für alle Bürgerinnen und Bürger barrierefrei anbieten. Der entscheidende Ansatz ist, eine bessere Finanzausstattung der Kommunen zu erreichen. Immer weniger Gemeinden können derzeit ihren Aufgaben zur Daseinsvorsorge nachkommen. Zu überdenken wäre auch, ob nicht alle Aufgaben der Daseinsvorsorge in den Kommunen den Charakter von Pflichtaufgaben erhalten sollten - also auch die sogenannten freiwilligen Aufgaben im Kultur- und Bildungsbereich. Ein Staatsziel Kultur bleibt wirkungslos, wenn es nicht durch rechtliche verbindliche Regeln und der notwendigen Finanzierung unteretzt wird.</p> <p>Bibliotheken sind als Orte des freien Zugangs zu Wissen, Lernen und Forschen unersetzliche Bildungseinrichtungen. In Bibliotheken werden Lesefreude und Lesebegeisterung geweckt und sie dienen der Aus- und Weiterbildung, der Pflege des kulturellen Erbes, sowie der kulturellen und sozialen Integration. Und all das frei von wirtschaftlichen Verwertungsinteressen, die ja auch in den Bildungsbe-reich leider immer weiter eindringen. Mehr als die Hälfte der Bibliotheken befinden sich in der Trägerschaft der Gemeinden. Kommunale Bibliotheken zählen zu den sogenannten freiwilligen Aufgaben der Kommunen und deshalb sind die Existenz und der Entwicklungsstand oftmals abhängig von der finanziellen Leistungsfähigkeit der jeweiligen Trägerkommune. Da die Bibliotheken keine Pflichtaufgaben der Kommunen sind, sind Kommunen in finanzieller Not gezwungen eine Gemeindebibliothek zu schließen. Angesichts der dauerhaften Unterfinanzierung der Kommunen in den vergangenen Jahren sind leider viele Bibliotheken den Sparzwängen zum Opfer gefallen. Gerade in den Kommunen unter dem sogenannten „Schutzschirm“ des Landes. Diese Entwicklung wollen wir</p>	

Wahlprüfstein	CDU	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Die Linken	AfD
	<p>theiken und stehen Forschung, Wissenschaft und Bürgern damit gleichermaßen zur Verfügung. Sie profitieren davon, dass die CDU-geführte Landesregierung den hessischen Hochschulen im Rahmen des Hessischen Hochschulpaktes 2016 - 2020 die Rekordsumme von insgesamt 9 Milliarden Euro zur Verfügung stellt. Diese zentralen wissenschaftlichen Bibliotheken werden wir bei der Digitalisierung fördern.</p> <p>Insbesondere in ländlichen Regionen werden wir die öffentlichen Bibliotheken als häufig wichtigste kulturelle Einrichtung in vielen Gemeinden besser unterstützen, z. B. durch den weiteren Ausbau des „OnleiheVerbund-Hessen“.</p>				<p>stoppen, indem wir durch eine Gemeindefinanzreform den Kommunen mehr Einnahmen in Form einer Gemeindefinanzsteuer statt der bisherigen Gewerbesteuer verschaffen.</p> <p>In vielen Kommunen schließen sich Fördervereine zusammen und arbeiten auf ehrenamtlicher Basis. Das ist sicherlich ein tolles Engagement, aber den Mangel an qualifiziertem Personal können und sollen diese Strukturen nicht ausgleichen.</p> <p>Ein Gesamtkonzept für die Kultur- und Bibliotheksentwicklung in Hessen halten wir für eine sehr sinnvolle Maßnahme.</p>	
<p><b>Gibt es in Ihrer Partei das Bestreben einen hessenweiten Bibliotheksentwicklungsplan zu initiieren, in dem strategische Ziele und Entwicklungsmaßnahmen für Hessen allgemein beschrieben werden, der dennoch auf kommunaler Ebene die dezentralen Strukturen der Bibliotheken und ihre Eigenständigkeit bewahrt und ausreichend berücksichtigt?</b></p>	<p>Die Fragen 2 und 3 werden aufgrund ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.</p> <p>Für Hessen ist aus Sicht der CDU ein gesonderter Entwicklungsplan nicht erforderlich. Mit dem Hessischen Bibliotheksgesetz war Hessen eines der ersten Länder der Bundesrepublik Deutschland, welches entlang der Empfehlungen der Enquetekommission „Kultur in Deutschland – Kultur als Staatsziel“ des Deutschen Bundestages aus dem Jahre 2007 die wissenschaftlichen und öffentlichen Bibliotheken rechtlich abgesichert sowie die bildungspolitischen und kulturellen Aufgaben der Bibliotheken, die Stärkung der Sprach- und Medienkompetenz der Kinder und Jugendlichen bis hin zu den Schulbibliotheken, verbindlich festgeschrieben hat. Mit Thüringen und Sachsen-Anhalt war Hessen somit Vorreiter im Interesse der Bibliotheken. Das Gesetz ist gleichzeitig als Anerkennung ihrer breiten Palette an innovativen Leistungen zu verstehen und wertet die kulturelle und bildungspolitische Rolle dieser Institutionen im Bewusstsein der Öffentlichkeit auf. Es ist die zentrale Grundlage, um die Wahrnehmung und Verankerung der Bibliotheken im hessischen Bildungssektor weiter zu verstärken.</p> <p>Die CDU Hessen wird sich in Zusammenarbeit mit dem Bibliotheksverband und den Kommunen in der kommenden Legislaturperiode für eine Evaluation und Weiterentwicklung des Bibliotheksgesetzes einsetzen.</p>		<p>In der nächsten Legislatur wollen wir im Dialog mit den Beteiligten erörtern, welche Maßnahmen dazu geeignet sind, die Bibliotheken in Hessen gemeinsam mit den Kommunen weiter voranzubringen, ohne dabei die Eigenständigkeit der Bibliotheken zu gefährden.</p>			
<p><b>Welche Maßnahmen will Ihre Partei ergreifen, um die Wahrnehmung und Verankerung der Bibliotheken im Bildungssektor zu stärken?</b></p>	<p>Die CDU Hessen wird sich in Zusammenarbeit mit dem Bibliotheksverband und den Kommunen in der kommenden Legislaturperiode für eine Evaluation und Weiterentwicklung des Bibliotheksgesetzes einsetzen.</p>		<p>Bibliotheken sind wichtige bildungspolitische Einrichtungen – ob in der Schule, Hochschule, im Land oder in der Stadt. Sie sind ein fester Bestandteil in bildungspolitischen Konzepten und Strategien. Wir unterstützen Bibliotheken auch weiterhin bei ihrer Arbeit beispielsweise mit der Digitalisierung von Bibliotheksbeständen und Bibliotheksräumen sowie den weiteren in diesem Wahlprüfstein beschriebenen Maßnahmen.</p>			
<b>Förderung der öffentlichen Bibliotheken</b>						
<p><b>Wie stellen Sie sich eine angemessene Berücksichtigung der Bibliotheken in der Bildungsfinanzierung vor?</b></p>	<p>Das Land Hessen nimmt seine Verantwortung für die Gewährleistung einer Grundversorgung der Bevölkerung mit öffentlichen Bibliotheken</p>	<p>Die SPD will die öffentlichen Büchereien und Bibliotheken auch weiter abgestimmt mit der Förderung der Schulbibliotheken landes-</p>	<p>Von Bildung, Wissenschaft und Forschung, über Medienpädagogik und Leseförderung bis hin zum Treffpunkt für Menschen jeden Alters und kultu-</p>	<p>Die Bibliotheken bieten ein vielfältiges Medien-, Informations-, Bildungs- und Kulturangebot und sind zudem auch Begegnungsstätte, welche sich an alle</p>	<p><b>Wahlprüfstein 2: Ländlicher Raum, Bildungsfinanzierung</b> Auch bei zunehmender Digitalisierung ist die Präsenz am Wohnort wichtig.</p>	

Wahlprüfstein	CDU	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Die Linken	AfD
	<p>durch die allgemeinen Zuweisungen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleiches wahr. Mittel in Höhe von jährlich 1,25 Millionen Euro stehen für die Förderung von Projekten in öffentlichen Bibliotheken zur Verfügung. Sie werden durch das HMWK vergeben, das sachlich und personell durch die vom Ministerium finanzierte Fachstelle für Öffentliche Bibliotheken (FÖB) unterstützt wird. Als Beratungsstelle kleinerer kommunaler Büchereien ist diese Einrichtung unerlässlich. Diese Förderstruktur wollen wir beibehalten. Die bibliotheksspezifischen Mittel aus dem kommunalen Finanzausgleich in Höhe von jährlich 1,25 Millionen Euro für die Förderung öffentlicher Bibliotheken müssen aus Sicht der CDU Hessen im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten des Landes weiterhin zur Verfügung stehen. Auf diese Weise werden in diesem Jahr insgesamt 76 öffentliche Bibliotheken finanziell unterstützt. Im Hinblick auf die augenblickliche Fördersituation ist eine Erhöhung nach unserer Ansicht nicht erforderlich.</p>	<p>weit fördern und genügend Mittel zur Erfüllung ihrer Aufgaben bereitstellen. Wir sind der Meinung, dass Bildungseinrichtungen wie Büchereien, Volksbildungsvereine, Volkshoch- und Musikschulen, Museen und kulturelle Einrichtungen nicht als „freiwillige Leistungen“ der kommunalen Familie nach Belieben weggespart werden dürfen.</p> <p>Wir wollen Digitalisierung zur Chefsache erklären und werden diesbezügliche Kompetenzen in der Landesregierung bündeln. Diese soll Entwicklungschancen gemeinsam analysieren und im gesellschaftlichen Konsens wegweisende Projekte für ganz Hessen erarbeiten. Eine digitale Spaltung zwischen städtischem und ländlichem Raum darf es nicht länger geben. Wir wollen den Ausbau öffentlicher WLAN-Hotspots in Hessen mit Landesmitteln fördern und Hessen zum Vorreiter beim Ausbau der digitalen Infrastruktur in Deutschland machen. Der flächendeckende Zugang zu stabilen und schnellen Glasfaser-Breitbandanbindungen ist der Kern einer zukunftsfähigen Infrastrukturpolitik. Deshalb wollen wir den Ausbau eines flächendeckenden Glasfasernetzes bis in jedes Gebäude, auch Bibliotheken, um den Zugang zum digitalen Raum überall zu gewährleisten.</p>	<p>reller Herkunft leisten unsere Bibliotheken einen wesentlichen Beitrag zur gesellschaftlichen Bildung. Wir setzen uns dafür ein, dass Bibliotheken noch besser als bisher durch das Land unterstützt werden, damit sie ihre Arbeit auch weiterhin so erfolgreich ausführen können.</p>	<p>Bevölkerungs- und Altersgruppen richten und sich durch neue Herausforderungen wie z.B. die Digitalisierung aber auch durch zielgruppenbezogenen Kontexte stellen. Vornehmlich erfolgt die finanzielle Förderung aus dem kommunalen Finanzausgleich über die Hessische Fachstelle für Öffentliche Bibliotheken oder bei wissenschaftlichen Bibliotheken über das Hessische Ministerium für Wissenschaft und Kunst. Auch wenn wir derzeit nicht Notwendigkeit sehen, dass Förderungsmodell grundlegend zu verändern, so möchten wir uns dafür einsetzen, dass die Entscheidungen zügig und transparent erfolgen sowie die Förderinstrumente und -richtlinien auf die Zweckmäßigkeit überprüft und weiterentwickelt werden. Vor diesem Hintergrund erscheint uns zum Beispiel ein Sonderprogramm oder eine Schwerpunktsetzung zur Digitalen Bildung sinnvoll. Dadurch könnte die notwendige technische Infrastruktur geschaffen und deren Aufrechterhaltung gewährleistet werden. Aufgrund der Trägerschaft ist es jedoch notwendig, gemeinsam Konzepte mit den Städten, Kreisen und Gemeinden auf den Weg zu bringen. Dafür müssen jedoch auch prinzipielle Fragen der Digitalisierung im ländlichen Raum gelöst sein, so dass die Einbeziehung nicht letztendlich an den technischen Voraussetzungen vor Ort scheitert. Deshalb fordern wir Freie Demokraten grundsätzlich eine Digitalisierungsoffensive, die besonders auf die ländlichen Regionen abzielt, so dass dieser nicht abgehängt wird. Es braucht es eine mutige Politik vor Ort, die sich für moderne Infrastruktur und attraktive Standortbedingungen einsetzt und dazu gehören auch die Bildungseinrichtungen unabhängig von ihrer Lage.</p>	<p>Hierfür sind vor allem die kommunalen Büchereien entscheidend. Deren Ausbau und technische Ausstattung sollte tatsächlich im Zentrum stehen. Der Erhalt einer öffentlichen Infrastruktur in lebenswerten Gemeinden auf dem Land ist auch ein wesentlicher Beitrag, die ländlichen Räume lebendig zu erhalten.</p>	
<p><b>Welche Fördermaßnahmen sehen Sie, um die Digitalisierung der Öffentlichen Bibliotheken im ländlichen Raum voranzutreiben?</b></p>	<p>Die Schwerpunkte der Landesförderung liegen auf der Unterstützung von Bau- und Einrichtungsmaßnahmen, der Verbesserung der EDV-Ausstattung und der Bestandsergänzung. Die Betreuung und Unterstützung der kommunalen Bibliotheken wird auch künftig durch die „Fachstelle für Öffentliche Bibliotheken (FÖB)“ erfolgen, die als eigene Abteilung der Hochschul- und Landesbibliothek Rhein-Main angegliedert ist. Insbesondere in ländlichen Regionen wird die CDU Hessen die öffentlichen Bibliotheken als häufig wichtigste kulturelle Einrichtung in vielen Gemeinden besser unterstützen, z. B. durch den weiteren Ausbau des „OnleiheVerbund-Hessen“. Der Verbund von derzeit 95 Bibliotheken fördert die Bereitstellung von zeitlich und örtlich unabhängigen Angeboten und überbrückt damit gerade in den ländlicheren Gebieten räumliche Distanzen.</p>		<p>Wir wollen eine Landesoffensive zur Einrichtung von WLAN in öffentlichen Bibliotheken starten.</p>			
<p><b>Bibliotheken als starke Einrichtungen für Bildung, als Orte der Teilhabe und Vermittler für Medien- und Informationskompetenz</b></p>						
<p><b>Wie planen Sie, Bibliotheken als Bildungseinrichtungen in bildungspolitische Strategien und Programme des Landes Hessen einzubeziehen und diese strategisch als Teil der Bildungsinfrastruktur fest zu verankern?</b></p>	<p>Auf die Antworten zu den Fragen 2 und 3 wird verwiesen.</p>	<p>Die SPD sieht kulturelle Bildung als Gegenstand der außerschulischen Jugendarbeit, die verstärkt in soziokulturellen Zentren, Theatern, Kulturvereinen und öffentlichen Bibliotheken stattfinden soll. Bibliotheken und zunehmend Mediatheken sind außerschulische Lernorte, die auch hinsichtlich von Teilhabe an Kultur allen sozialen Schichten offen stehen müssen.</p>	<p>Siehe Antwort auf Frage 1.3.</p>	<p>Die Gewährleistung des vielfältigen Zugangs zu kultureller Bildung, unabhängig von sozialer Herkunft und Bildungsniveau, verstehen wir Freie Demokraten als eine wichtige Aufgabe unserer Gesellschaft und unseres Landes. In Hinblick auf die kulturelle Kinder- und Jugendbildung setzen wir uns für den Ausbau der entsprechenden Bildungsangebote sowie für eine</p>	<p><b>Wahlprüfstein 3: Bildungseinrichtung, Medienkompetenz, kulturelle Bildung</b> Wir wollen, dass öffentliche Bildungseinrichtungen künftig stärker mit Bibliotheken kooperieren und gemeinsame Bildungsangebote bereitstellen. Dies könnte zum Beispiel im Zuge des Ganztagschulausbaus stattfinden. Wir sehen es als gemeinsame Aufgabe</p>	
<p><b>Welche Fördermöglichkeiten sehen Sie kurz-, mittel- und langfristig, um</b></p>	<p>Auf die Antwort zur Frage 4 wird verwiesen.</p>		<p>Wir wollen die Bibliotheken in der nächsten Legislaturperiode noch bes-</p>			

Wahlprüfstein	CDU	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Die Linken	AfD
<p><b>Bibliotheken angesichts des rasanten digitalen Wandels bei ihren wichtigen individuellen und gesamtgesellschaftlichen Bildungsaufgaben effektiv zu unterstützen?</b></p>		<p>sen. Wir werden Bibliotheken und Büchereien darin unterstützen, ihre Kompetenzen zur Entwicklung der kulturellen Bildung einzubringen. Die SPD wird die Schulträger bei der</p>	<p>ser als bisher unterstützen, die Aufenthaltsqualität dort verbessern und eine Landesoffensive zur Einrichtung von WLAN in öffentlichen Bibliotheken starten.</p>	<p>Verstärkung von Partnerschaften und Kooperationen schulischer und außerschulischer Art sowie öffentlicher und privater Einrichtungen ein. Ferner müssen Partnerschaften und Kooperationen im außerschulischen Kontext ausgeweitet werden, da auch bspw. die Menschen mit Flucht- oder Migrationshintergrund oder ältere Menschen bspw. auch mit Beeinträchtigungen oder Demenz passgenaue Angebote benötigen. Daher sind sowohl die staatlichen oder öffentlichen als auch die privaten Einrichtungen angehalten, eine Grundversorgung mit Kunst und Kultur sowie kultureller Bildung aufrechtzuerhalten und in diesem Zusammenhang müssen dann auch weiterhin Förderrichtlinien angepasst und Förderschwerpunkte weiterentwickelt werden. Da-rüber hinaus ist es zur Stärkung dieses Bereichs unerlässlich, eine Bestandsaufnahme von bestehenden Programmen und Angeboten zu machen, um Potentiale zu erschließen und Verbesserungen vorzunehmen und die Schulen mit der notwendigen Selbständigkeit auszustatten. Hier sehen wir ganz deutlich einen Gestaltungsauftrag und Verbesserungsbedarfe. Wir verstehen vor diesem Hintergrund selbstverständlich auch die Bibliotheken als Partner der schulischen Bildung, da ihnen gerade auch mit Blick auf die Sprach- und Leseförderung sowie die Vermittlung von Medien- und Digitalkompetenz ihnen eine besondere Bedeutung zuteilwird. Wir möchten den Schulen durch mehr Eigenverantwortung die Möglichkeit geben, sich diesbezüglich zu öffnen, um Kooperationen einzugehen und die Bildungschancen der Schülerinnen und Schüler zu verbessern. Jedoch sind wir Freien Demokraten auch der Überzeugung, dass es nicht immer sinnvoll ist, neue Strukturen oder Vorgaben zu schaffen, sondern dass es vielmehr gelingen muss, die Rahmenbedingung so zu gestalten, dass die Angebote vor Ort mit den tatsächlichen Bedarfen zusammenpassen.</p>	<p>von Land und den Kommunen an, diese Kooperationen zu unterstützen, auszubauen und dauerhaft finanziell zu sichern. Wir setzen uns auf allen Ebenen für eine ausreichende Finanzierung der öffentlichen Bibliotheken ein, sowie dafür, dass die Vermittlung von Medien- und Informationskompetenz in den verschiedenen Förderprogrammen als wichtige Aufgabe verankert wird.</p>	
<p><b>Welche Maßnahmen plant Ihre Partei im Bereich der außerschulischen kulturellen Bildung und in welcher Form erfolgt eine Einbindung von Bibliotheken?</b></p>	<p>Für die CDU Hessen spielt es eine außerordentlich wichtige Rolle, die außerschulische Bildung, insbesondere im kulturellen Bereich, zu fördern. Ohne Bildung gibt es keine Kultur und ohne Kultur keine Bildung. Deshalb unterstützen wir im Rahmen des Programmes „Kultur macht stark. Bündnisse für Bildung“ auch außerschulische Angebote wie z. B. Bibliotheken und setzen uns so für die kulturelle Entwicklung benachteiligter Kinder und Jugendlicher ein. Ein weiteres erfolgreiches Beispiel ist der „Kulturkoffer“. Er ermöglicht Kindern und Jugendlichen aus ganz Hessen kostenlose und kostengünstige kulturelle Angebote. Seit dem Start des Programms im Jahr 2016 hat die Jury aus über 200 Anträgen über 100 Einzelprojekte zur Förderung vorgeschlagen, die das Land Hessen mit insgesamt mehr als 1,5 Millionen Euro gefördert hat. Hier bieten sich vielfältige Anknüpfungspunkte gerade im Hinblick auf die Vermittlung von Literatur. Um kulturelle Bildung dauerhaft vor Ort anbieten zu können, wollen wir auch Partnerschaften zwischen Schulen und Kultureinrichtungen bzw. Bibliotheken stärken. So sollte eine stärkere Vernetzung und Kooperation bis hin zu möglichen Zusammenschlüssen zwischen öffentlichen Bibliotheken und Schulbibliotheken angestrebt werden.</p>	<p>Einrichtung und dem Erhalt von Bibliotheken unterstützen und Kooperationen zwischen Schul- und öffentlichen Bibliotheken fördern. SPD plant weiter eine Kommission „Kulturelle Bildung“ einzuberufen, um mittel- und langfristig zu geeigneten landesweiten Programmen im Bereich der kulturellen Bildung zu gelangen. Wir wollen einen landesweiten Lesewettbewerb ausschreiben und wieder „Hessen liest“ während der Frankfurter Buchmesse stattfinden lassen. Unser Ziel ist ein über alle Lebensabschnitte hinweg bildungsfreundliches gesellschaftliches Klima mit einer anwachsenden Weiterbildungsbeteiligung. Wir wollen ein wohnortnahes, koordiniertes und flächendeckendes Angebot von biografieorientierter Bildungsberatung schaffen. Programmbereiche, die wir besonders unterstützen und langfristig absichern werden, liegen in der politischen und kulturellen Bildung sowie in der Alphabetisierung und Grundbildung.</p>	<p>Neben der formalen spielt auch die non-formale Bildung eine wesentliche Rolle bei der Persönlichkeitsentwicklung von Kindern und Jugendlichen. Kulturelle Teilhabe ist für uns eine Frage der Bildungs- und Chancengerechtigkeit. Der Ausbau der kulturellen Bildung ist uns daher ein wichtiges Anliegen. Mit dem Kulturkoffer erleichtern wir Kindern und Jugendlichen den Zugang zu Kunst und Kultur – gerade auch denen, die auf kostenlose oder vergünstigte Angebote angewiesen sind. Damit können junge Menschen an unterschiedlichen Projekten der Leseförderung und Literatur unter Einbindung von Bibliotheken teilnehmen. Das erfolgreiche Projekt Kulturkoffer wollen wir fortführen.</p>		<p>Kinder und Jugendliche brauchen soziale Kompetenzen, um ein Gefühl dafür zu bekommen und Wissen darüber zu haben, was das Aufhalten in digitaler Lernumgebung mit unserem sozialen Miteinander macht. Man braucht Kontraste. Die Arbeit am Rechner braucht die Entwicklung aller Sinne. Wir brauchen Denkstrukturen eben nicht nur in 0 und 1, sondern vielfältige Arten und Weisen des Denkens. Und Medienkompetenz heißt auch, ausschalten zu können. Nicht zuletzt brauchen junge Menschen Kenntnis und Achtsamkeit, was mit ihren Daten passiert und wie man sich schützen kann und muss. Diese Kompetenzen vermitteln zu können setzt voraus, dass es eine flächendeckende Ausstattung öffentlicher Bibliotheken mit für Nutzer*innen kostenfrei zur Verfügung stehen dem WLAN überhaupt gibt.</p>	
<p><b>Schulmediotheken als zentrale Orte für Medienbildung in der Schule</b></p>						
<p><b>Wie planen Sie, die notwendige fachliche Betreuung in Schulmediotheken zu erreichen bzw. zu unterstützen?</b></p>	<p>Schulbibliotheken sind ein wichtiger Baustein zur Leseförderung und unterstützen die Verbesserung der Lesekompetenz. Sie helfen Schülern bei der selbstständigen Erarbeitung von Kenntnissen und Fähigkeiten. Schulbibliotheken bieten Schülern auch eine erste Gelegenheit zu einer Begegnung mit einer Bibliothek. Sie wecken Neu-</p>	<p>Die Auswirkungen von Digitalisierung und Medienentwicklung auf Schülerinnen und Schüler, Eltern, Lehrkräfte und Schulen insgesamt wurde von der Landesregierung noch nicht annähernd begriffen. Wir wollen, dass Schulen die Grundlagen für einen reflektierten Umgang von Jugendlichen mit der Digitalisierung schaffen.</p>	<p>Schulmediotheken und Leseräume sollten durch ausgebildetes Personal fachlich und konzeptionell begleitet werden. Für die personelle Ausstattung der Schulmediotheken sind die Schulträger verantwortlich. Wir wollen aber im Rahmen eines eigenen hessischen Digitalpakts (siehe auch Antwort auf Frage 4.3) evaluieren, mit welchen</p>	<p>Wir wollen den Schulen die Eigenverantwortung geben, so dass sie Schulmediotheken realisieren und fortführen können. Sie stellen nicht nur analoge und digitale Medien bereit, sondern bieten häufig zusätzliche Arbeitsplätze und Unterstützung beim Lernen, Recherchieren und der Ausarbeitung von schulischen Arbeiten. Auch die Nut-</p>	<p><b>Wahlprüfstein 4: Schulmediatheken</b> Bibliotheken stehen vor der Herausforderung, den Umbau zu Mediatheken zu leisten, die Wissen und Kultur auch unabhängig von ihren Datenträgern archivieren und verfügbar machen. Diese Digitalisierung ist auch nicht umsonst zu haben. Es bedarf dringend Präzisierungen im</p>	

Wahlprüfstein	CDU	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Die Linken	AfD
	<p>gierde und die Lust auf Literatur. Für die Finanzierung der Schulbibliotheken in Hessen – im Hinblick auf die sachliche Ausstattung, die Bestückung mit Medien und die personelle Ausstattung – sind gleichwohl die Schulträger verantwortlich.</p> <p>Dennoch begrüßen wir, dass das HKM hat bereits 2005 gemeinsam mit dem HMWK und dem Deutschen Bibliotheksverband – Landesverband Hessen e. V. eine Kooperationsvereinbarung unterzeichnet hat, welche die Förderung und Unterstützung von hessischen Schulbibliotheken untermauern soll. Wir begrüßen, dass diese Kooperationsvereinbarung derzeit überarbeitet und in nächster Zeit in aktualisierter Form erneuert werden soll.</p> <p>Das HKM fördert sowohl mit personellen als auch mit finanziellen Ressourcen Maßnahmen zur Einbindung von Schulbibliotheken in den Unterricht bzw. das Schulprogramm ebenso wie die Schulung und Förderung von Recherche-, Informations- und Methodenkompetenzen. Zu diesen Maßnahmen zählt die Unterhaltung des „Projektbüros Schulbibliotheken“, das mit landesweiten und konzeptionellen Aufgaben zur Beratung, Konzeption, Aufbau und Organisation von Schulbibliotheken und Fortbildungen zur medienpädagogischen Einbindung von Schulbibliotheken in den Unterricht betraut ist. Auch die Unterstützung der „Landesarbeitsgemeinschaft Schulbibliotheken e. V.“ ist an dieser Stelle zu nennen. Zusätzlich sind Lehrkräfte an die Fachstelle für öffentliche Bibliotheken zur pädagogischen Beratung von Schulbibliotheken abgeordnet.</p> <p>Darüber hinaus findet eine weitreichende Beratung, Fortbildung und Unterstützung bei Fragen zum Themenkomplex „Schulbibliothek und EDV-Programme“ durch die EDV-Servicestelle für Schulbibliotheken, eine dem HKM nachgeordnete Stelle, statt. Die EDV-Servicestelle betreut die hessischen Schulen bei der Auswahl der passenden Schulbibliothekssoftware (u.a. LITTERA) und bietet landesweit Fortbildungen in diesem Bereich an.</p>	<p>Wir werden deshalb die Vermittlung von Medienkompetenz zur Aufgabe für jede Schule machen und ein Zertifikat dafür einführen. Außerdem wollen wir einen Masterplan für die Digitalisierung in Schule und Unterricht, die Unterrichtsdidaktik verbessern sowie ein Landesmedienkonzept gemeinsam mit allen im Bildungsbereich relevanten Akteuren entwickeln.</p> <p>Die SPD will Schulen bei Ausbau, Wartung und Administration der technischen Infrastruktur durch Fortbildung qualifizierte Lehr- und Fachkräfte sowie die Versorgung mit schnellem Internet unterstützen. Wir setzen uns für die Entwicklung einer gemeinsam von Bund und Ländern verantworteten bundesweiten, durch die Länder, Schulen und Lehrkräfte anpassbaren, kostenfrei nutzbaren, adaptiven multimedialen Lernplattform ein.</p> <p>Für die SPD gehören Schulbibliotheken und Mediatheken gerade im Hinblick auf den Ausbau des Ganztagsangebots zum pädagogischen Konzept. Wir wollen Schülerinnen und Schülern frühzeitig den Zugang zu Bibliotheken und den Umgang mit Medien ermöglichen.</p> <p>Wir gehen davon aus, dass die hessischen Schulen von dem auf Bundesebene geplanten DigitalPakt#D partizipieren werden und darüber auch eine bessere digitale Ausstattung der Schulmediotheken möglich wird. Über die Höhe und Art der Förderung können wir erst nach dem Abschluss der Bund-Länder-Vereinbarung, die für Ende des Jahres vorgesehen ist, verlässliche Angaben machen.</p>	<p>Maßnahmen wir die Schulträger bei ihren Aufgaben unterstützen können.</p>	<p>zung von digitalen Lernmitteln kann vor Ort erfolgen, wenn die technische Infrastruktur bereitgestellt wird. Diese Möglichkeiten gewinnen gerade auch mit Blick auf den Ausbau der Ganztagsangebote an Bedeutung. Zudem spielen Schulmediotheken auch bei der Vermittlung von Medien- und Digitaltalkompetenz eine größere Rolle. Aus diesem Grund ist es auch folgerichtig, dass diese auch bei dem Aufbau der schulischen Infrastruktur berücksichtigt werden sollten. Wir Freie Demokraten wollen für die Digitale Bildung jährlich 50 Mio. Euro an originären Landesmitteln investieren, um dafür zu sorgen, dass unsere Schulen auch diesbezüglich die Herausforderungen meistern können. Darüber hinaus setzen wir aber auch zukünftig auf das Engagement ehrenamtlicher Kräfte und die finanzielle Unterstützung durch Fördervereine und außerschulischen Partnern, um die Schulmediotheken zu unterstützen.</p>	<p>Urheberrecht, damit E-Books den gedruckten Büchern gleichgestellt werden und durch jede Bibliothek verliehen werden können. Viele große Verlage vergeben grundsätzlich keine E-Book-Lizenzen an öffentliche Bibliotheken. Die Bibliotheken des 21. Jahrhunderts dürfen nicht alleine kommerziellen „E-Book-Flatrates“ von Konzernen wie Amazon überlassen werden. Auch hier ist es von entscheidender Bedeutung, dass die Schulträger vom Land mit den dafür notwendigen Mitteln ausgestattet werden.</p>	
<p><b>Wie planen Sie die Einbindung der Schulmediotheken in den DigitalPakt#Hessen?</b></p>	<p>Mit dem „DigitalPakt Schule“ wollen Bund und Länder für eine bessere Ausstattung der Schulen mit digitaler Technik sorgen. Um dieses Ziel zu erreichen, hat man sich darauf verständigt, dass der Bund bis September 2018 auf der Grundlage des gemein-</p>		<p>Hierzu bildet die Umsetzung der Strategie „Bildung in der digitalen Welt“ der Kultusministerkonferenz eine wichtige Grundlage. Wir werden das Landesprogramm zum Anschluss von Schulen an das Breitbandnetz fortsetzen, damit auch Schulmediotheken Zugang zum</p>			

Wahlprüfstein	CDU	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Die Linken	AfD
	<p>sam entwickelten Eckpunkteentwurfs einen Textvorschlag für die Bund-Länder-Vereinbarung für den Digitalpakt vorlegt. Bis Ende 2018 sollen ein von beiden Seiten akzeptiertes und unterschriftsreifes Vertragswerk entwickelt sowie die erforderlichen grundgesetzlichen Voraussetzungen geschaffen werden. Bis dahin wollen Bund und Länder auch die letzten offenen Fragen rund um die genauere Finanzierung des Digitalpaktes klären. Eine bessere technische Ausstattung würde auch den Schulmediotheken zugutekommen. Sie sind in den Verhandlungen daher an geeigneter Stelle zu berücksichtigen.</p>		<p>Internet haben. Der DigitalPakt zwischen Bund und Ländern ist noch nicht vereinbart. Wenn er vorliegt wollen wir ihn um einen Digitalpakt zwischen dem Land und den Schulträgern ergänzen, in dem auch die Schulmediotheken eingebunden werden können.</p>			
<p><b>Welche Fördermöglichkeiten sehen Sie kurz-, mittel- und langfristig, um Schulen bei der (digitalen) Ausstattung ihrer Schulmediotheken zu unterstützen?</b></p>	<p>Im Rahmen des Programmes „Schule@Zukunft“ beteiligt sich das Land bereits seit dem Jahr 2001 finanziell an der IT-Ausstattung der Schulen, um landesweit die Sicherstellung einer zeitgemäßen IT-Bildungsinfrastruktur zu fördern. Durch diese freiwillige Leistung trägt die CDU-geführte Landesregierung dazu bei, dass landesweit eine vergleichbare und nachhaltige IT-Ausstattung der Schulen aufgebaut wird, die den aktuellen technischen Anforderungen entspricht. Dies kann auf Schulebene auch eine verbesserte Ausstattung der Schulmediotheken einschließen.</p> <p>Bisher wurden über die Medieninitiative jährlich insgesamt rd. 8,6 Millionen Euro Sachmittel zur Verfügung gestellt (darunter 2,75 Millionen Euro für Schulträger im Rahmen von „Schule@Zukunft“ und 4,7 Millionen Euro für pädagogischen IT-Support im Rahmen des Schulbudgets) sowie personelle Ressourcen (ca. 10 Abordnungsstellen für Fortbildungs- und Beratungsangebote der Lehrkräfteakademie, ca. 3,5 Stellen für die Fachberatung Medienbildung an den Staatlichen Schulämtern sowie ca. 19,5 Stellen für die pädagogische Leitung der Medienzentren) zur Unterstützung der Schulen eingesetzt. Im Haushalt 2018/2019 stehen weitere Personal- und Sachmittel zum Ausbau der Maßnahmen bereit.</p> <p>Mit der Strategie „Bildung in der digitalen Welt“ hat die Kultusministerkonferenz (KMK) am 8. Dezember 2016 ein Handlungskonzept beschlossen, das darstellt, wie Bildung in Deutschland gestaltet werden soll, damit sie den Anforderungen einer immer stärker digitalisierten Welt gerecht wird. Die Länder haben sich darin zu folgenden zentralen Zielen verpflichtet:</p>		<p>Wir wollen eine adäquate, digitale Ausstattung der Schulen und die Vernetzung innerhalb des Schulgebäudes ermöglichen. Das schließt die Schulmediotheken ein. Dazu bedarf es großer Kraftanstrengungen der Schulträger, die aber nicht ohne Unterstützung durch das Land und den Bund zu leisten sind. Daher wollen wir den geplanten Digitalpakt zwischen dem Bund und den Ländern in Hessen durch einen Digitalpakt zwischen dem Land und den Schulträgern ergänzen.</p>			

Wahlprüfstein	CDU	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Die Linken	AfD
	<p>- Schaffung von digitaler Infrastruktur an Schulen: „Ziel der KMK ist es, dass möglichst bis 2021 jede Schülerin und jeder Schüler, wenn es aus pädagogischer Sicht im Unterrichtsverlauf sinnvoll ist, eine digitale Lernumgebung und einen Zugang zum Internet nutzen können sollte.“</p> <p>- Aufbau von Kompetenzen für die digitale Welt bei Schülern gemäß definiertem Kompetenzrahmen: „Die Länder verpflichten sich dazu, dafür Sorge zu tragen, dass alle Schülerinnen und Schüler, die zum Schuljahr 2018/19 in die Grundschule eingeschult werden oder in die Sek. I eintreten, bis zum Ende der Pflichtschulzeit die in diesem Rahmen formulierten Kompetenzen erwerben zu können.“</p> <p>- Qualifizierung des Lehrpersonals: „Alle Lehrkräfte müssen selbst über allgemeine Medienkompetenz verfügen und in ihren fachlichen Zuständigkeiten zugleich ‚Medienexperten‘ werden.“</p> <p>Die CDU Hessen wird sich auch in der kommenden Legislaturperiode entschieden für die weitere Umsetzung dieser Strategie einsetzen.</p> <p>Mit Abschluss des von der CDU im Koalitionsvertrag auf Bundesebene verankerten Digitalpakts zwischen Bund und Ländern werden zusätzliche Mittel für die Digitalisierung der Schulen und schulischen Bildung zur Verfügung stehen. Ziel der zu treffenden Vereinbarung wird es sein, die technisch aufeinander abgestimmte (interoperable) digitale Infrastruktur als Grundlage guter Lerninfrastrukturen an Schulen zu schaffen. Nach den Vorstellungen der CDU Hessen sollten dabei etwa die Schulhausvernetzung, die WLAN-Ausleuchtung, Server, standortgebundene Endgeräte, landesweite IT-Lösungen wie Lernplattformen, Schulportale, pädagogische Kommunikations- und Arbeitsplattformen sowie „Schulcloud“-Lösungen gefördert werden.</p> <p>Auf Grundlage der kürzlich vorgestellten Gigabit-Strategie des Landes Hessen sollen bis 2020 60 Prozent der hessischen Haushalte mit bis zu 400 MBit/s im Download versorgt werden. In einem weiteren Schritt sollen bis 2025 insbesondere Schulen, Krankenhäuser und Gewerbegebiete an das Glasfasernetz angeschlossen werden. Gemeinsam mit dem Bund und den Landkreisen wurden bereits über 600</p>					

Wahlprüfstein	CDU	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Die Linken	AfD
	<p>Glasfaserprojekte in Angriff genommen. Von 2.000 Schulen steht schon heute rund der Hälfte ein Glasfaseranschluss zur Verfügung. Für den Anschluss weiterer Schulen stellt die CDU-geführte Landesregierung den Schulträgern zusätzliche 20 Millionen Euro zur Verfügung. Dies kommt auch der Anbindung der Schulmedien zugute.</p>					
<b>Digitalisierung und Erhaltung von schriftlichem Kulturgut, Langzeitarchivierung digitaler Medien</b>						
<p><b>Welche Maßnahmen wird Ihre Partei ergreifen, um die Digitalisierung der Bibliotheksbestände in die digitale Strategie des Landes Hessen einzubinden und Digitalisierungsprojekte in Bibliotheken voranzutreiben?</b></p>	<p>Die Fragen 12 bis 14 werden aufgrund ihres Sachzusammenhanges gemeinsam beantwortet. Die Digitalisierung an den Hochschulen wird in den kommenden Jahren ein Kernthema der Hochschulpolitik sein, dazu gehört selbstverständlich auch die Digitalisierung in Bibliotheken. Insofern wird dieses Feld auch ein wichtiger Bestandteil der Verhandlungen zum nächsten Hochschulpakt werden und sich insbesondere darin widerspiegeln. www.cduhessen.de Spendenkonto: IBAN DE47 5104 0038 0568 2000 02</p>	<p>Digitalisierung ist für Kultur- und Gedächtnisinstitutionen essenziell in vielen Bereichen, von der Archivierung über Präsentation und Zugänglichkeit bis zur Pädagogik. Hessen fördert Wachstum und Austausch bei Innovation und Kompetenz in diesem Bereich durch eine landeseigene Koordinierungsstelle, die zum 1. Januar 2017 eingerichtet wurde und als strategischer Ansprechpartner fungiert.</p>	<p>Um die Sichtbarkeit der hessischen Kultur zu verbessern und den Zugang zu erleichtern, haben wir die Digitalisierung der Bibliotheksbestände bereits in der Digitalstrategie berücksichtigt. In den vergangenen Jahren haben viele Bibliotheken und Staatsarchive in Hessen auch schon Projekte zur Digitalisierung ihrer Bestände durchgeführt. Diesen Weg wollen wir im Dialog mit den Bibliotheken und Archiven weitergehen und setzen uns weiterhin für die Digitalisierung der Bibliotheksbestände ein.</p>	<p>Wir Freien Demokraten werden uns dafür einsetzen, dass das Landesprogramm Bestandserhaltung, durch welches das schriftliche Kulturgut in Hessens Archiven und Bibliotheken vor dem Zerfall geschützt werden soll, weiterentwickelt und ggf. an die Bedarfe angepasst wird. Ebenso sollten Maßnahmen zur Digitalisierung verwirklicht und gefördert werden. Hierfür bedarf es der Zusammenarbeit mit den beteiligten Bibliotheken, Archiven aber auch Forschungsinstitutionen, um auch die Nutzung und Entwicklung neuer Archivierungs-, Restaurierungs- und Konservierungsmethoden zu unterstützen und die Zugänglichkeit für die Benutzer zu erleichtern. Diesbezügliche Forschungs- und Kooperationsprojekte gilt es auch weiterhin zu fördern und die Institutionen bei der Bewerbung um Fördermittel für Digitalisierungsprojekte zur Erhaltung des (digitalen) kulturellen Erbes zu unterstützen.</p>	<p><b>Wahlprüfstein 5: Kulturerbe</b> Für DIE LINKE gehört die Sicherung des schriftlichen Erbes ganz zentral zum Erhalt unseres vielfältigen kulturellen Erbes. Neben entsprechenden baulichen Ertüchtigungen für eine fachgerechte Aufbewahrung des schriftlichen Kulturguts in den Bibliotheken und Archiven gehören dazu vor allem die Entsäuerung und Schädlingsbekämpfung, Restaurierung und präventive Maßnahmen, um das Erbe möglichst im Original zu erhalten, sowie die Digitalisierung, Langzeitarchivierung und Zugänglichmachung. Für uns sind Originalerhalt und Digitalisierung nicht austauschbar, die dafür notwendigen Maßnahmen aber müssen angesichts der Größe der Aufgabe besser zwischen den einzelnen Einrichtungen und dem Land abgestimmt, koordiniert und fachlich begleitet werden.</p>	
<p><b>Ist Ihre Partei bereit, die finanzielle Förderung der Digitalisierung von schriftlichem Kulturgut in hessischen Hochschul- und Landesbibliotheken einschließlich der Langzeitarchivierung fortzuführen? Sehen Sie Möglichkeiten, diese Mittel zu erhöhen?</b></p>	<p>Mit dem bereits laufenden „Programm zum Erhalt des schriftlichen Kulturguts“ verfolgt das Land Hessen das Ziel, dem fortschreitenden Verlust des kulturellen Gedächtnisses in den Archiven und Bibliotheken nachhaltig entgegenzuwirken. In den Jahren 2018 und 2019 stehen an Landesmitteln jeweils 1 Million Euro zur Verfügung, um Maßnahmen zum Erhalt des schriftlichen Kulturguts durchzuführen. Die Mittel können zudem für eine Kofinanzierung von Fördermitteln des Bundes zum Erhalt schriftlichen Kulturgutes genutzt werden. Dies wollen wir fortsetzen.</p>	<p>Die Digitalisierung von Bibliotheksbeständen stellt auch für die Länder eine große Herausforderung dar. Datenschutz, Internetsicherheit und der Kampf gegen Produktfälschungen und Urheberrechtsverletzungen im Netz stehen ganz oben auf der politischen Agenda. Wir sehen in der Online-Stellung von Archivalien das verdienstvolle Anliegen, Kulturgüter im Netz für ein breites Publikum zugänglich und nutzbar zu machen. Gleichzeitig erfordert die Digitalisierung eine gewissenhafte und frühzeitige Vorbereitung und die Beachtung urheber- oder datenschutzrechtlicher Bestimmungen.</p>	<p>Wir wollen den digitalen Zugang und Erschließung von Sammlungsbeständen ermöglichen und setzen uns dafür ein, dass Bibliotheken noch besser als bisher durch das Land unterstützt werden.</p>			
<p><b>Wie unterstützt Ihre Partei Maßnahmen zur Restaurierung und Konservierung schriftlichen Kulturguts in Hessen und wie planen Sie, diese finanziell zu untermauern?</b></p>	<p>Seit dem Start der Ausschreibung im Februar dieses Jahres hat das HMWK insgesamt 19 Anträge von Archiven und Bibliotheken auf Zuschüsse für Maßnahmen ausgewählt und fördert sie mit insgesamt rund 750.000 Euro. Damit werden einmalige Bücher, Zeitungen und Archivgut vor dem Zerfall geschützt. Mit weiteren 250.000 Euro aus dem Landesprogramm werden zusätzlich zehn Anträge von Archiven und Bibliotheken zum Originalerhalt aus einem Sonderprogramm der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien mitgefördert. Um den Bedarf für den Erhalt schriftlichen Kulturguts in Hessen archiv- und bibliotheksübergreifend zu koordinieren, wurde am Hessischen Landesarchiv bereits 2017 eine zentrale „Koor-</p>	<p>Die SPD befürwortet die Digitalisierung von schriftlichem Kulturgut, die enorme Herausforderungen, aber auch Chancen im Umgang mit Kulturgütern beinhaltet. Wir sind uns des finanziellen, personellen und technischen Aufwands dieses Verfahrens bewusst und werden nach einer Regierungsübernahme prüfen, welche Ressourcen in den Bibliotheken vorhanden sind bzw. benötigt werden, um Kulturgüter zu digitalisieren, sie dauerhaft zu sichern, aber auch zugänglich und nutzbar zu machen. Es wird auch zu prüfen sein, welche Projekte und Programme entwickelt bzw. realisiert werden können und welche Finanzmittel für die langfristige Digitalisierungsarbeit jährlich bereitzustellen sind. Wir werden den Auftrag, nationales Kulturgut zu sichern, nutz-</p>	<p>Um wertvolle Bücher und Schriften vor dem Zerfall zu bewahren, hat die Landesregierung ein neues Förderprogramm aufgelegt. In 2018 und 2019 stehen jeweils 1 Millionen Euro bereit, um das kulturelle Erbe für die Zukunft zu sichern und damit für zukünftige Generationen zu erhalten. Wir GRÜNEN finden, dass das Programm in die richtige Richtung geht und wollen es im Dialog mit den Beteiligten in der nächsten Legislatur weiterentwickeln.</p>			

Wahlprüfstein	CDU	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Die Linken	AfD
	<p>dinierungsstelle Bestandserhaltung Hessen (KBH)“ eingerichtet. Sie ist gleichzeitig zentraler Ansprechpartner bei Förderprogrammen des Landes und des Bundes, z. B. der hervorragenden „Koordinierungsstelle für die Erhaltung des schriftlichen Kulturguts (KEK)“. Ihre Arbeit wollen wir auch in Zukunft unterstützen, um unser schriftliches Kulturgut langfristig zu schützen und für künftige Generationen zu erhalten.</p> <p>Die CDU Hessen setzt sich für eine stärkere Vernetzung der hessischen Museen mit Archiven, Bibliotheken und Hochschulen auf digitaler Basis ein, um Sammlungen der Forschung besser zugänglich zu machen und kulturelle und wissenschaftliche Diskurse zu intensivieren. Die Arbeit der Bibliotheken nimmt hierbei eine Schlüsselposition ein.</p>	<p>bar zu machen und wissenschaftlich zu verwerten, gewissenhaft erfüllen und unsere Strategie entsprechend mit den Bibliotheken und Archiven abstimmen.</p>				
<b>Finanzielle Unterstützung der wissenschaftlichen Bibliotheken in Hessen im Rahmen des Hessischen Bibliotheksverbundes</b>						
<p><b>Welche Maßnahmen wird Ihre Partei ergreifen, um dauerhaft eine leistungsfähige Literatur- und Informationsversorgung sicherzustellen?</b></p>	<p>Die Hochschulpakete in Hessen sind und bleiben der Eckpfeiler der hessischen Hochschulfinanzierung. Die Hochschulen erhalten über die Laufzeit des Paktes finanzielle Planungssicherheit. So ist im Zuge des derzeit laufenden hessischen Hochschulpaktes die Rekordsumme von rund 9 Milliarden Euro für die Hochschulen vereinbart worden. Allein im Jahr 2019 wird sich die Grundfinanzierung der Universitäten und Hochschulen für Angewandte Wissenschaften auf 1,7 Milliarden Euro belaufen. Dies schließt auch die Unterstützung der wissenschaftlichen Bibliotheken ein, die teilweise zusätzlich mit Blick auf die landesbibliothekarischen Aufgaben als Sondertatbestände an einzelnen Hochschulen verstärkte Berücksichtigung erfahren. Diesen Kurs werden wir beibehalten. Zum Vergleich: Kurz vor Übernahme der Regierungsverantwortung unter Führung der CDU Hessen standen im Jahre 1998 lediglich 963 Millionen Euro zur Verfügung. Als eines von wenigen Ländern hat Hessen zudem die dem Land im Zuge der BAföG-Reform zukommenden Mittel in Höhe von über 80 Millionen Euro pro Jahr vollständig im Hochschulbereich eingesetzt. Zudem erhalten die Hochschulen 92 Millionen Euro pro Jahr zur Qualitätssicherung von Studium und Lehre.</p> <p>Die wissenschaftlichen Bibliotheken sind zudem in unterschiedlicher Weise Gegenstand der Zielvereinbarungen der Hochschulen mit dem Land Hessen, z. B. die Etablierung der Universi-</p>	<p>Wir verweisen auf die Antwort zu Wahlprüfstein 1. Die Feststellung, dass die Förderung der öffentlichen Bibliotheken unzureichend ist, schließt eine Berücksichtigung der gestiegenen Kosten für die Zukunft ein.</p>	<p>Die beiden Fragen zu 6.1 und 6.2 werden gemeinsam beantwortet. Wir setzen uns dafür ein, dass das Hessische Bibliotheks-Informationssystem noch besser als bisher durch das Land unterstützt wird. Dabei wollen wir ein besonderes Augenmerk auf die Digitalisierung legen. In der nächsten Legislatur wollen wir im Dialog mit den Beteiligten evaluieren, welche Maßnahmen dazu geeignet sind, die gestiegenen finanziellen Kosten des HeBIS noch besser zu kompensieren.</p>	<p>Wir Freie Demokraten wollen alle Bibliotheken des Landes vernetzen und dabei das hessische Bibliotheksportal ausbauen, so dass die Wahrnehmung der oben genannten Aufgaben auch gewährleistet werden kann. Daher sehen wir die Notwendigkeit, die Ausstattung, und Vernetzung der Bibliotheken des Landes fördern. Hier sehen wir zum Beispiel Ansätze in der Weiterentwicklung und Einbeziehung der Hessischen Fachstelle für Öffentliche Bibliotheken. Der Zugang der Öffentlichkeit zu den hessischen Bibliotheksnetzen soll verbessert werden, so dass auch diese neuen Aufgaben in die Bedarfsplanung und Bereitstellung der finanziellen Mittel einfließen müssen.</p>	<p><b>Wahlprüfstein 6: Wissenschaftliche Bibliotheken</b>  DIE LINKE sieht in der Digitalisierung eine Entwicklung, die die gesamte Gesellschaft verändert hat und weiterhin verändern wird. Dafür ist eine Erhöhung der Grundfinanzierung für die chronisch unterfinanzierten Hochschulen von großer Bedeutung. Die Digitalisierung hat die Rolle von wissenschaftlichen Bibliotheken und die an sie formulierten Erwartungen stark verändert. Als moderne Wissensspeicher haben sich ihre Aufgabenstellungen sowohl verändert als auch erweitert. Diese veränderte Aufgabenstellung setzt eine neue Form der Kooperation zwischen Bibliotheken und den Nutzer*innen (Wissenschaftler*innen und Studierenden) voraus. Um Bibliotheken in diesem Prozess zu unterstützen, müssen ihnen Freiräume eingeräumt werden - angefangen mit Budgets, um neue Formen der Wissensbereitstellung und -verbreitung für unterschiedliche Nutzer*innengruppen auszuprobieren. Ebenso muss der Austausch zwischen den wissenschaftlichen Bibliotheken institutionalisiert und gestärkt werden, um neue Methoden zu verbreiten und Kooperation zu verbessern.</p>	

Wahlprüfstein	CDU	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Die Linken	AfD
	<p>tätsbibliothek Johann Christian Senckenberg der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt a. M. als Forschungsbibliothek mit Modellcharakter oder die Herrichtung einer Teilbereichs-Bibliothek an der Technischen Universität Darmstadt.</p>					
<p><b>Welche Möglichkeiten sehen Sie angesichts der gewachsenen Aufgaben des Verbundes und der rapide gestiegenen Kosten, insbesondere bei der Lizenzierung von E-Journals, diese Mittel angemessen zu erhöhen?</b></p>	<p>Im Rahmen des Projektes „DEAL“ wird das Ziel verfolgt, bundesweite Lizenzverträge für das gesamte Portfolio elektronischer Zeitschriften (E-Journals) großer Wissenschaftsverlage ab dem Lizenzjahr 2017 abzuschließen. Dabei wird eine signifikante Änderung gegenüber dem gegenwärtigen Status Quo bei der Verhandlung, den Inhalten und der Preisgestaltung angestrebt. Durch die Effekte eines Konsortialvertrages auf Bundesebene sollen die einzelnen Einrichtungen finanziell entlastet und der Zugang zu wissenschaftlicher Literatur für die Wissenschaft auf breiter und nachhaltiger Ebene verbessert werden. Zugleich soll eine Open-Access-Komponente implementiert werden. Ein solcher Abschluss kann nur bundesweit geschehen. Daher unterstützen wir das Projekt „DEAL“ nachhaltig. Eine zusätzliche Finanzierung wird dabei voraussichtlich nicht notwendig sein.</p>					
<b>Förderung von Open Access</b>						
<p><b>Wie wird Ihre Partei die wissenschaftlichen Bibliotheken in Hessen beim Übergang zu Open-Access-Geschäftsmodellen und deren Akzeptanz unterstützen?</b></p>	<p>Die Fragen 17 und 18 werden aufgrund ihres Sachzusammenhanges gemeinsam beantwortet. Alle hessischen Hochschulen beschäftigen sich mit den entsprechenden Fragestellungen. Mit dem Programm „Open Access Publizieren“ unterstützt die DFG überdies wissenschaftliche Hochschulen bei der Einrichtung von Publikationsfonds, aus denen die Hochschulen die bei der Veröffentlichung von Artikeln in Open-Access-Zeitschriften anfallenden Publikationsgebühren finanzieren können, sofern Angehörige der Hochschule als „submitting author“ bzw. „corresponding author“ fungieren. Ziel des Programms ist der Aufbau dauerhafter und verlässlicher Strukturen zur Finanzierung von Open-Access-Publikationen. Die CDU Hessen begrüßt in diesem Zusammenhang ausdrücklich, dass sich CDU/CSU und SPD auf Bundesebene darauf verständigt haben, eine nationale Open-Access-Strategie entwickeln sowie offene Kanäle für wissenschaftliche Kommunikation und Publikation fördern zu wollen. Empfänger von Fördermitteln im Rahmen der Projektförderung des Bundes sollen</p>	<p>Wir werden die Digitalisierung der Hochschulen in Lehre, Forschung und Verwaltung unterstützen. Wir wollen daher die Entwicklung beziehungsweise Weiterentwicklung von Digitalisierungsstrategien einschließlich der Finanzierung von Beratungsleistungen unterstützen. Dabei setzt die SPD im Bereich der Lehre auf „blended learning“ als hochschuldidaktisch leistungsfähiges Konzept. Parallel dazu wollen wir noch mehr dafür tun, dass sich neue Erkenntnisse rascher und leichter verbreiten - auch durch die Förderung von „open access“. Ein zentraler Baustein hierfür sind ein Forschungsdatenmanagement und der freie Zugang zu wissenschaftlichen Publikationen über das Internet.</p>	<p>Die beiden Fragen zu 7.1 und 7.2 werden gemeinsam beantwortet. Ein entscheidender Punkt ist für uns, dass die Digitalisierung zur leichteren Verfügbarkeit von Wissen führt. Öffentlich geförderte Forschungsvorhaben sollen möglichst frei abrufbar sein. Insgesamt wollen wir Open Access verantwortungsvoll fördern. Dabei muss bei allen Chancen, welche Open Access bieten kann – etwa schnellere Auffindbarkeit, erhöhte Sichtbarkeit, neue Kooperationsmöglichkeiten sowie gesteigerte Forschungseffizienz – auch das Recht der Autorinnen und Autoren durch ein faires Urheberrecht gewährleistet sein.</p>	<p>Im Zentrum einer öffentlichen Förderung von Bildungs- und Forschungsmaterialien stehen für die Freien Demokraten Vielfalt, Qualität, fairer Wettbewerb, die Wirksamkeit öffentlicher Fördermittel und Nutzerfreundlichkeit. Zu letzterer gehört selbstverständlich auch der möglichst unkomplizierte Zugang für alle Nutzerinnen und Nutzer. Wann immer es möglich und zweckmäßig ist, setzen sich die Freien Demokraten deshalb für eine "Open Access"-Politik ein. Wir Freie Demokraten fordern den öffentlichen Zugang zu Forschungsergebnissen, die wesentlich aus öffentlichen Mitteln finanziert werden. Damit auch die Allgemeinheit von den Ergebnissen profitieren kann, setzen wir uns für eine Open-Access-Politik ein: Ergebnisse und Publikationen, die wesentlich mit öffentlichen Geldern finanziert wurden, sollen unter Berücksichtigung eines Erstverwertungsrechts auch für die Öffentlichkeit zugänglich sein. Aus diesem Grund stehen wir Lösungsvorschlägen und der ergebnisoffenen Überprüfung grundsätzlich gegenüber, sehen aber von pauschalen Zusagen ab, weil wir die</p>	<p><b>Wahlprüfstein 7: Open Access</b> DIE LINKE sieht zwei Bausteine beim Übergang zu Open-Access und zur Erhöhung dessen Akzeptanz. Zum ersten will DIE LINKE die Grundfinanzierung der Hochschulen verbessern, um Anreizsysteme für Wissenschaftler*innen zu schaffen, in Open-Access-Zeitschriften zu veröffentlichen, z.B. über Publikationsfonds. Ebenso sollen die wissenschaftlichen Bibliotheken finanziell so ausgestattet werden, um das Anschließen neuer Open-Access-Modelle zu ermöglichen und diese innerhalb der Organisation zu bewerben. Zum zweiten setzt sich DIE LINKE bereits seit vielen Jahren für eine Modernisierung des Urheberrechts ein. Wir wollen klare und einfache Regelungen für Urheber und Verlage schaffen, die Open-Access-Publikations- und -Verlagsmodelle erleichtern. Ebenso wollen wir das Zweitveröffentlichungsrecht ausweiten, so dass es auch für Publikationen gilt, deren Erstellung aus der Grundfinanzierung erfolgte und eine gewerbsmäßige Nutzung erlaubt.</p>	
<p><b>Wird Ihre Partei in der kommenden Legislaturperiode gezielt Mittel für das Open-Access-Publizieren bereitstellen?</b></p>						

Wahlprüfstein	CDU	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Die Linken	AfD
	<p>regelmäßig verpflichtet werden, ihre Publikationen mittels offener Lizenzen frei verfügbar zu machen und die entstehenden Overhead-Kosten in einem angemessenen Umfang zu übernehmen. Dies halten wir grundsätzlich für eine richtige Entscheidung.</p> <p>Wir unterstützen zudem Bemühungen, eine nationale Kompetenz- und Vernetzungsstelle für „Open Access“ zu etablieren, die Informationsangebote für Wissenschaftler bereithält und den Knotenpunkt eines nationalen Netzwerks bilden könnte.</p>			<p>Möglichkeiten der Realisierung und der Bedarfe gemeinsam mit den Fachverbänden und Institutionen erheben wollen.</p>		
<b>Bibliotheksgesetz</b>						
<p><b>Würde Ihre Partei diese Einschränkung ändern?</b></p>	<p>Fragen 19 und 20 werden aufgrund ihres Sachzusammenhanges gemeinsam beantwortet.</p> <p>Das derzeitige Hessische Bibliotheksgesetz besitzt bis Ende 2020 Gültigkeit. Die CDU Hessen wird sich für eine rechtzeitige umfassende Evaluation und die Weiterentwicklung des Gesetzes in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Bibliotheksverband e. V. - Landesverband Hessen und den hessischen Kommunen einsetzen.</p> <p>Die Festschreibung einer Pflichtaufgabe befürworten wir aus Konnexitätsgründen und mit Blick auf das kommunale Selbstverwaltungsrecht nicht. Das Land Hessen unterstützt seine Kommunen auf vielfältige Art und Weise finanziell und sorgt für eine gute Ausstattung: So sind für den Kommunalen Finanzausgleich (KFA) Mittel von rund 5 Milliarden Euro im Jahr 2018 sowie 5,2 Milliarden Euro im Jahr 2019 vorgesehen. Dies ist beinahe eine Verdoppelung des Betrages von 2010. Mit dem „Kommunalen Schutzschirm“ wie auch der „Hessenkasse“ wurden zusätzlich erhebliche Mittel eingesetzt, um besonders stark verschuldete Kommunen beim Schuldenabbau zu unterstützen bzw. Kassenkredite zurückzuführen. 90 Prozent der Schutzschirmkommunen haben mittlerweile ausgeglichene Haushalte. Die Kommunalinvestitionsprogramme KIP I und KIP II haben es den Städten und Gemeinden erleichtert, zukunftssträchtige Investitionen vorzuziehen. Damit bestehen aus unserer Sicht im Regelfall ausreichende finanzielle Spielräume, um in kommunaler Trägerschaft auch Bibliotheken zu unterhalten.</p>	<p>Die SPD wird prüfen, ob die von der schwarz-grünen Landesregierung erlassene Verordnung zweckmäßig ist oder nicht und danach entscheiden, ob eine Änderung erfolgt.</p> <p>Kommunale Bibliotheken sind Kultureinrichtungen und zählen zu den freiwilligen Aufgaben der Kommunen - sie sind nicht ausdrücklich als kommunale Pflichtaufgabe normiert. Die Auswirkungen machen sich insbesondere bei der kommunalen Haushaltsführung und der Praxis der staatlichen Finanzaufsicht bemerkbar. Diese Situation ist geschichtlich begründet, denn die Zuständigkeit für kulturelle Angelegenheiten, für Wissenschaft und Kunst und für das Unterrichtswesen ist im Wesentlichen den Ländern vorbehalten. An dieser Kulturhoheit haben auch die Gemeinden Anteil; zu den freiwilligen Aufgaben der Gemeinden zählen z.B. die Unterhaltung von Theatern, Museen und Bibliotheken.</p> <p>Den Vorstoß, das Bibliotheksgesetz zu ändern und öffentliche Bibliotheken als Pflichtaufgabe von Städten und Gemeinden festzuschreiben, wurde im Rahmen der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ 2005 in einer Anhörung erörtert. Fazit der Anhörung war damals, dass ein wichtiger Bestandteil einer Reform des Bibliothekswesens eine rechtliche Aufwertung sein muss und die Bibliotheken eigentlich eine Pflichtaufgabe der Kommunen sein müssten. Dies würde bedeuten, dass das Land sie entsprechend mitfinanzieren müsste.</p> <p>Mit der Landtagswahl stimmen die hessischen Wählerinnen und Wähler jetzt darüber ab, Kulturförderung als Staatsziel in der Hessischen Verfassung zu verankern. Im Zusammenhang</p>	<p>In der nächsten Legislatur wollen wir evaluieren, ob wir die Ablieferungspflicht auch auf Webseiten ausweiten oder andere Maßnahmen besser geeigneter wären, die Archivierung bedeutsamer Internetseiten vorzunehmen.</p> <p>Kommunale Bibliotheken sind ein wichtiger Bestandteil kultureller Bildung und stellen einen wesentlichen Beitrag zur Chancengleichheit in der Bildung dar. Wir wollen, dass Kommunen und Land in einer partnerschaftlichen Weise an einem Strang ziehen, um diese wichtige Infrastruktur in Hessen zu erhalten. Wir setzen und daher für ein Bibliotheksgesetz ein, das die Bibliotheken als Gemeinschaftsaufgabe von Land und Kommunen ansieht. Denn die Kommunen und Gemeinden wissen doch häufig am besten, wie die Versorgung der Bevölkerung mit Bibliotheken sichergestellt werden kann.</p>	<p>Wir Freie Demokraten werden sehr gern den Dialog mit den Bibliotheken und dem Bibliotheksverband auch zu dem oben aufgeführten Themenkomplex fortführen und die damit verbundenen Fragestellungen hinsichtlich der Notwendigkeit und Realisierbarkeit ergebnisoffen klären. Zu derzeitigen Zeitpunkt sehen wir nicht per se die Notwendigkeit, die rechtlichen Regelungen zu verändern.</p>	<p><b>Wahlprüfstein 8: Bibliothekengesetz</b></p> <p>Bibliotheken brauchen ein breites Angebot, qualifiziertes Personal und benutzerfreundliche Öffnungszeiten. Dass sie barrierefrei und wohnortnah erreichbar sind, das ist ein zentraler Kern ihres Wesens als Bildungseinrichtung für die Breite der Gesellschaft. Ein sinnvolles und wirksames Bibliothekengesetz muss Mindeststandards für die Einrichtungen und vor allem Regelungen für eine verbindliche Finanzierung enthalten. Darauf hat DIE LINKE wiederholt hingewiesen. Eine Normierung der Angebote und die Sicherstellung der Finanzierung sind die wichtigsten Anliegen. Tatsächlich wird im hessischen Bibliothekengesetz aber die Finanzierung allein den jeweiligen Trägern überantwortet. Das Land kann darüber hinaus fördern, aber nur „im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel“. Das ist zu unverbindlich. Wir wollen den Unterhalt von Bibliotheken und deren Finanzierung verpflichtend festschreiben. Und wir unterstützen die Forderung nach einem Bibliotheksrahmengesetz auf Bundesebene. Wir setzen uns für eine bundesweite gesetzliche Regelung ein, die den Unterhalt öffentlicher Bibliotheken zur Pflichtaufgabe erklärt und Anforderungen an die Ausstattung mit Bibliotheken, deren Standards und Finanzierung festschreibt.</p>	
<p><b>Wie steht Ihre Partei zu dem Vorstoß, die öffentlichen Bibliotheken zur Pflichtaufgabe von Städten, Gemeinden und Landkreise zu erklären und dies entsprechend im hessischen Bibliotheksgesetz fest zu verankern?</b></p>						

Wahlprüfstein	CDU	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	Die Linken	AfD
		mit dieser Verfassungsänderung und der Aufnahme des Staatsziels Schutz und Förderung der Kultur wird die Frage der Definition von Bibliotheken als Pflichtaufgabe und eine entsprechende Landesförderung neu zu diskutieren sein.				